



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/27

1. Februar 1950

## "So sozial wie möglich"

-dt. Als kürzlich der inzwischen zurückgetretene Bundespresses-  
chef gefragt wurde, was die Regierung gegen die Arbeitslosigkeit

zu tun gedenke, erklärte Herr Bourdin gleichmütig, wie eine grosse  
westdeutsche Zeitung schreibt, dass man sich darüber noch nicht

den Kopf zerbrochen habe. Damals sprachen die Statistiken noch von  
1,5 Millionen Arbeitslosen; inzwischen haben die Zahlen die Zwei-

Millionen-Grenze überschritten. Bedenklich, möchte man sagen, aber  
zumindest ebenso bedenklich ist die Leichtfertigkeit, mit der man

bisher an den verantwortlichen Stellen dieses Problem - nicht ange-  
fasst hat. Das ist die Politik einer Regierung, die bei ihrem

Amtsantritt den ihr gewährten Vertrauensvorschuss mit dem Verspre-  
chen quittierte, "so sozial wie möglich" zu regieren.

Bisher ist diese Leichtfertigkeit der Regierung im wesentli-  
chen nur von der Opposition vorgehalten worden. Das tat man als

Demagogie ab; die konstruktiven Vorschläge, die mit der Kritik  
verbunden waren, hat man dabei grosszügig übersehen. Nun haben

sich dem Chor der Kritiker zwei Faktoren zugesellt, die man  
nicht mit der Bemerkung "Demagogie" zurückweisen kann: die amerika-

nische Hebe Kommission und der Leitung der hessischen CDU. Die  
amerikanische Kritik kann man in einen einzigen Satz zusammenfas-

sen: Die Bundesregierung hat völlig unzureichend geplant und  
Marshallplan-Gelder verschleudert.

Der Vorwurf wiegt doppelt schwer in einem Augenblick, da ERP-  
Minister Blücher sich in Paris bemühen muss, die deutsche Position

gegenüber den anderen Marshallplan-Ländern so stark wie möglich zu  
machen. Blüchers Waffe in diesem Kampf ist ein Memorandum, das

jetzt der Öffentlichkeit übergeben wurde. Aber die Waffe war schon  
stumpf, noch ehe Blücher damit an die Öffentlichkeit trat. Wenige

Tage zuvor hat eine Kommission von Sachverständigen des amerika-  
nischen Amtes für Auslandshilfe einen Bericht über die Lage in

Westdeutschland nach Washington gesandt. Westdeutschland, so heisst es darin, habe sich damit abgefunden, über seine Verhältnisse zu

leben und die deutschen Behörden wiegten sich in einem Gefühl der Sicherheit. Im einzelnen wird angeführt, welche Tatsachen zu dieser harten Kritik berechtigen. Es sind Tatsachen, die von der Opposition seit Monaten, zum Teil schon seit Jahren bereits in Frankfurt vorgetragen wurden.

Einen "Schaufenster-Reichtum" hat Dr. Schumacher diese Wirtschaftspolitik der Regierung genannt. An den Schaufenstern kann man

in der Tat die Fehllenkung der bisher Deutschland zur Verfügung gestellten Mittel ersehen. Nicht nur das Äussere der Schaufenster

ist kostspieliger als es je vor dem Kriege war, auch der Inhalt der Schaufenster täuscht einen Wohlstand vor, wie ihn kein Sieger-

staat heute in Europa verzeichnet. Spricht man aber von den Preisen, denn hört man sofort das Argument, dass sich "irgendwo" der

verlorene Krieg niederschlagen müsse. Das heisst mit anderen Worten, dass man der Masse der Verbraucher nicht nur die Lasten des

verlorenen Krieges, sondern auch noch den luxuriösen Lebenswandel derer aufbürdet, die sich an den Mangelerscheinungen bereichern.

Die Bundesregierung übersieht das gewiss nicht, wie könnte sie auch. Im Zusammenhang mit dem Blücherschen ERP-Memorandum stellt

sie fest, "dass neben der grosszügigen Auslandshilfe Opfer und aussergewöhnliche Anstrengungen des deutschen Volkes gemeinsam dazu bei-

getragen haben, den Weg seit dem Zusammenbruch zurückzulegen". Der Zynismus, der in dem Wörtchen "gemeinsam" liegt, ist nicht mehr

zu überbieten; während die Säule der Arbeitslosen in den Statistiken unaufhaltsam klettert, melden alle Autofabriken Deutschlands, dass

ihre teuersten und luxuriösesten Modelle am stärksten begehrt werden. Das letztere ist es, was den deutschen Behörden das von den

Amerikanern gerügte "Gefühl der Sicherheit" und den englischen Konservativen einen mehr als zweifelhaften Wahlschlager gibt.

Nun hat Bundeskanzler Adenauer "energische Massnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit" angekündigt. Auch das ist nicht neu,

an papierener Energie hat es bisher bestimmt nicht gemangelt. Was bisher gefehlt hat, war ein planvolles Zusammenstraffen und ein plan-

voll gelenkter Einsatz der Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel. Man hätte dabei freilich manchem Schaufensterinhaber und denen,

die diese Schaufenster füllen, nahetreten und stärker an den Verbraucher denken müssen. Solange man sich aber mit Steuerplänen trägt,

die den Besitzern von Schaufenstern zugute kommen und nicht denen, die sich an den Schaufenstern die Nasen plattdrücken, solange kann man einen Wandel nicht erwarten. Die deutsche Position bei den ERP-Beratungen in Berlin wird dadurch nicht gefördert.

Südamerika - reichlich undemokratisch

Von unserem Mitarbeiter in Südamerika Pablo Haupt

Das Jahr 1950 sieht in Südamerika Demokratie und Parlamentarismus in keiner starken Position. Nur zwei Länder, Brasilien und Ecuador, werden einwandfrei demokratisch-parlamentarisch regiert. Chile hat zwar noch Parlament und Parteien, aber seit mehr denn zwei Jahren regiert der Präsident mit einem "Kabinett von Persönlichkeiten" und dem Ausnahmezustand. Er wird gelegentlich sehr milde gehandhabt und vor allem den Gewerkschaften werden keine Hindernisse in den Weg gelegt. Auch die oppositionellen Parteien, soweit sie auf demokratischem Boden stehen (die kommunistische Partei ist verboten), können ziemlich ungehindert agitieren. Peru und Venezuela dagegen haben Regierungen, die durch militärische Handstreichs an die Macht gekommen sind.

Paraguay und Argentinien stehen unter der Diktatur von Führerparteien. Es sei für beide Länder zugestanden, dass in der Tat eine Mehrheit der Wähler hinter den Regierungschefs steht. Die vorangegangenen liberalen Regierungen haben die Schuld daran, dass die Masse vor allem des besitzlosen Landproletariats seine Hoffnung auf einen "Führer" setzte, der schlau die völlige soziale Verständnislosigkeit der liberalen Politik benutzte, um durch eigene Reformen (vor allem auf Kosten der ausländischen Grossunternehmungen) sich die Dankbarkeit des Proletariats zu gewinnen. Aber beide Staaten haben sich zu Polizeistaaten entwickelt. Man bemüht sich zwar, öffentliche Verfolgungen der politisch Andersdenkenden zu vermeiden, aber macht nach südamerikanischem Brauch der Opposition auf dem Verwaltungsweise ein Wirken nahezu unmöglich. Uruguay ist das "Musterländle" von Südamerika, aber auch für dies Land gilt, was für alle südamerikanischen Länder zutrifft, dass eine ungeheuer starke nationalistische Welle durch das Land geht, die die demokratische freie Meinungsäußerung sehr erschwert und jedem geschickten Agitator erlaubt, eine Hetze gegen "unnationale Elemente" zu entfesseln, der meist demokratische und sozialistische Führer ausgesetzt sind.

Die Arbeiterbewegung in Südamerika hat in dieser Lage keine guten Zeiten. Die grossen Emanzipierungsbewegungen der Indianer in Peru, Columbien, Venezuela und Mexiko sind zum Teil verboten, zum Teil befinden sie sich in einem Gesundungsprozess, in dem sie

endlich die kommunistischen Agenten abgeschüttelt haben, allerdings nicht ohne Verlust an Mitgliedern und Einfluss. In Venezuela und Peru sind die Sozialistischen Parteien verboten, in Chile, Argentinien und Brasilien befinden sie sich in einer Opposition, die nur in Chile und Bolivien Gewicht hat und bei Regierungsumbildungen auf demokratischem Wege in die Regierung gelangen könnte. In Chile ist eine kleine sozialistische Gruppe sogar in der Regierung vertreten, allerdings durch einen "Fachminister". Die anderen Länder besitzen keine sozialistischen Parteien.

Die Gewerkschaftsbewegung in Südamerika hat in Argentinien und Paraguay ein autoritäres Gesicht bekommen, indem die Massendiktatur eine staatliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen hat, die in Argentinien rein autoritär geleitet wird, während in Paraguay neuerdings den Gewerkschaftsmitgliedern gewisse Rechte, z.B. die demokratische Wahl der Funktionäre zugestanden wurden. In Chile arbeitet eine recht bedeutende Gewerkschaftsbewegung, die sich von den Schlägen, die ihr kommunistische Wühlereien und politische Missbräuche zufügten, langsam erholt. In Peru und Venezuela wissen die Militärs anscheinend nicht recht, wie sie sich zu den Gewerkschaften stellen sollen, einige verbot man, andere dürfen frei arbeiten, wieder andere dürfen nur Mitgliederversammlungen, aber keine öffentlichen Kundgebungen veranstalten. In Ecuador und Kolumbien leiden die Gewerkschaften unter den Verfolgungen durch den katholischen Klerus, der sie als "marxistisch" diffamiert. Für die Gewerkschaften in Nord-Brasilien ist ein steigendes Interesse unter der Negerarbeiterschaft für gewerkschaftliche Organisation bemerkbar, das von den Behörden mit Misstrauen gesehen wird, aber nicht direkt verfolgt wird.

-0-0-0-

Hamburg rüstet zum Parteitag der SPD

sp. Den diesjährigen Parteitag der SPD in Hamburg abzuhalten "spricht für die Bewertung der Politik in der Regierung und im Parlament der Hansestadt", heisst es in einem Aufruf der Landesorganisation der SPD Hamburg, "wenn der Parteivorstand mit seinem Beschluss der Arbeit und den Anstrengungen der hamburgischen Sozialdemokratie seine Anerkennung zollt".

Der letzte Parteikongress in Hamburg fand vom 3. bis 9. Oktober 1897 statt und wann der diesjährige Parteitag der SPD seine Arbeit

beginnt, werden es genau 75 Jahre sein, seit der Vereinigungskongress der deutschen Sozialdemokratie in Gotha tagte. Hamburg ist

zugleich stolz darauf, mit dem Parteitag 1950 auch in die Geschichte der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit eingereicht zu werden.

Der Parteivorstand wird am 4. und 5. Februar erst in Bonn die Tagesordnung und den inneren Ablauf des Parteitages festlegen, doch haben die Hamburger die Vorbereitungen seit Wochen begonnen, um den nach Hamburg kommenden Delegierten der Sozialdemokratischen Partei

einen würdigen Empfang zu bereiten und die Durchführung dieser wichtigen Tagung zu sichern.

Bereits am 9. Januar beriet der Landesvorstand in Hamburg die ersten Einzelheiten für den reibungslosen Ablauf des Parteitages.

Ihn beschäftigte ein umfangreiches Arbeitsprogramm: Quartierfragen, Durchführung von Kundgebungen und Veranstaltungen, Ordner- und

Kurierdienst, Betreuung der Kraftfahrzeuge und Parkplätze, Verpflegung, Saalaufbau, Post und sonstige Nebeneinrichtungen sind einige

der beratenden Organisationsaufgaben. Rund 700 Privatquartiere werden gebraucht, wobei die Anforderung möglichst die Landmehrschaften

berücksichtigen soll.

Der Parteivorstand wird bereits am 19. Mai in Hamburg zu einer Sitzung im "Kupferhof" zusammentreten. Am Sonnabend, dem 20. Mai

werden Parteivorstand und Parteiausschuss gemeinsam im "Karl-Legien-Saal" des hamburgischen Gewerkschaftshauses tagen. In den Nach-

mittagsstunden des 20. Mai wird im Ausstellungsgelände "Planten un Blomen" dem Aufmarschplatz vieler Schumacher-Kundgebungen, eine

grosse internationale Kundgebung stattfinden mit einem Sternmarsch der hamburgischen Sozialdemokratie.

Der Parteitag selbst wird am 21. Mai mit einer Feierstunde eröffnet. Tagungsort wird der grosse Saal des Gewerkschaftshauses

am Besenbinderhof sein. Es entsprach auch einem Wunsche der hamburgischen Gewerkschaften und nicht nur einer vertraut gewordenen Tra-

dition, diesen Ausgangspunkt für den historischen Wahlkreis August Bebel's auch zur Geburtsstätte der Aufgaben zu machen, die der So-

zialdemokratie Nachkriegsdeutschlands in schwerer und verantwortungsvoller Zeit gestellt sind.

### Ein Klub der kleinen Europäer

A.F. Von dem Gedanken ausgehend, dass für die Zukunft Europas nichts wichtiger ist als die Gewinnung der Kinder und der Jugend, hat eine föderalistische französische Frauenvereinigung im Januar 1950 in Paris unter der Devise: "Wenn alle Kinder der Welt sich die Hände geben wollten..." einen "Klub der kleinen Europäer" gegründet. Es sollen sich dort die in Paris lebenden ausländischen Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren mit französischen Altersgenossen regelmässig treffen. Im Vorstand dieses Klubs befinden sich Vertreterinnen sämtlicher politischer Richtungen, mit Ausnahme der Kommunisten. Auch die einzelnen ausländischen Kolonien, einschliesslich der deutschen, sind darin durch je eine Delegierte vertreten.

-. -

### SPD-Wahlsiege in Westfalen

sp. Bei den Bürgermeisterwahlen in den zwei westfälischen Städten Steinhagen, Kreis Halle und Brake, Kreis Lemburg erzielte die SPD beachtliche Wahlerfolge. In Steinhagen, wo die SPD bei den Bundestagswahlen 51 Prozent der Stimmen erreichte, erhielt jetzt der SPD-Kandidat 62 Prozent aller abgegebenen Stimmen. In Brake wurde der SPD-Kandidat mit 1000 Stimmen zum Bürgermeister gewählt, im Gegensatz zu 842 für den CDU-Kandidaten.

-. -

### Jeder Tscheche hat 100 g Butter im Monat

sp. Das tschechoslowakische Ernährungsministerium hat kürzlich die jetzt gültigen Rationensätze bekanntgegeben. Hierbei muss vorausgeschickt werden, dass das Land vor dem Krieg in der Lebensmittelversorgung fast autark war. Mit Fleisch scheint man noch am besten versorgt zu sein. Davon erhält jeder Erwachsene im Monat 1.400 g. Butter gibt es nur 100 g in vier Wochen. Nach einer Erklärung des tschechischen Ernährungsministeriums darf die Fettration jetzt gleich für ganze drei Monate auf einmal bezogen werden. Sie beträgt für das ganze Vierteljahr pro Verbraucher insgesamt nur 480 g. Eier werden drei bis vier im Monat ausgegeben. Kinder bis zu sechs Jahren und schwangere Frauen erhalten im Monat 100 g Käse. Für die anderen Erwachsenen wird überhaupt kein Käse ausgegeben. An Zucker erhält der Normalverbraucher pro Monat 1.100 g, nur Schwerarbeiter mit Sonderausweis um 300 g mehr. Jeder Schwerarbeiter erhält ausserdem um 100 g Butter mehr im Monat. Im letzten Monat haben Kinder unter 12 Jahren ein Kilo Kompott und Jugendliche bis zu 20 Jahren ein Kilo Äpfel bekommen, während die Erwachsenen ganz leer ausgingen.

-. -

Nachrichten aus der Ostzone:

---

Säuberung auch im FDGB

---

sp. In der sowjetischen Besatzungszone stehen in Kürze Gewerkschaftswahlen bevor. Die kommunistische Gewerkschaftsleitung will diese Wahlen zu einer grossen Säuberungsaktion aller Gewerkschaftsleitungen von sozialdemokratischen und nicht-kommunistischen Elementen ausnutzen. Die entscheidende Rolle bei dieser Säuberungsaktion spielen die SED-Betriebsgruppen in den Betrieben. Der SED-Kreisvorstand von Pirna gab in einem Rundschreiben an alle SED-Betriebsgruppen folgende Anweisungen: "Die Wahlen für die Gewerkschaftsleitungen sind für uns als Partei von entscheidender politischer Bedeutung. Durch diese Wahl muß es uns gelingen, die fortschrittlichsten und gesellschaftlich aktivsten Arbeiter in die Gewerkschaftsleitungen zu bringen, damit die Veränderung des ideologischen Bewusstseins sowie der Wille zur Steigerung der Arbeitsproduktivität gesteigert und vorangetrieben wird. Aus diesem Grunde ist in Betrieben, wo in der Betriebsgewerkschaftsleitung keine Genossen sind, die SED-Gesamtbetriebsgruppe einzuschalten und hat dafür Sorge zu tragen, dass die führende Rolle unserer Partei in diesen Wahlen zum Ausdruck kommt. Die in der jetzigen BGL etwa tätigen "Nurgewerkschaftler" und "Gewerkschaftsopportunisten" sind unbedingt durch ideologische Auseinandersetzung zu entlarven und eine eventuelle Wiederwahl mit den entsprechenden Begründungen abzulehnen."

Heimkehrer-"Fürsorge" in der Sowjetzone

---

sp. Sämtliche Heimkehrer in der Sowjetzone, die nicht im Besitze der Adressen ihrer Familien, Verwandten oder von Bekannten sind, werden in sogenannte Heimatlosenlager eingewiesen. Wenn ihre Suche nach den Angehörigen nach acht Tagen erfolglos geblieben ist, bekommen sie ein Verpflichtungsschreiben für die Volkspolizei oder den Uranbergbau vorgelegt. Selbst wenn sich auf die Suchmeldungen, die über Pias und andere westdeutsche Rundfunksender durchgegeben werden, sofort Angehörige finden, erweist sich die festgesetzte Zeit von acht Tagen als zu kurz. Von den Lagerbehörden werden später eingehende Nachrichten von Angehörigen mit dem Vermerk: "nicht mehr im Lager anwesend" zurückgeschickt, ohne daß eine Angabe über den bekannten neuen Aufenthaltsort des Heimkehrers gemacht wird.

---

Verantwortlich: Peter Raunau